Abteilung Abteilung 1 - Allgemeine Angelegenheiten	Sachbearbeiter Herr Reis	Aktenzeichen 1/Rei	
---	------------------------------------	------------------------------	--

Beratung Stadtrat	Datum 25.09.2018	Behandlung öffentlich	Zuständigkeit Entscheidung
-----------------------------	----------------------------	---------------------------------	--------------------------------------

Betreff
**Mitarbeiterbefragung: Information, Erweiterung der Fragestellung und
Beschlussfassung**

Anlagen:
BfP Antrag Mitarbeiter

1. Vortrag:

Die Stadtratsfraktion Bürger für Penzberg – BfP stellt mit dem Schreiben vom 23.07.2018 einen Antrag auf Information zur anonymen Mitarbeiterbefragung bei der Stadt Penzberg und Erweiterung der Fragen. Hierzu soll der Stadtrat beschließen, die Verwaltung zu beauftragen,

- dass zur anonymen Mitarbeiterbefragung umfassend informiert wird,
- die Fragen zu erweitern
- und eine Beschlussfassung über die Mitarbeiterbefragung für das gesamte Personal, insbesondere der Stadtverwaltung, vorzubereiten.

Der Antrag wird mit der großen Personalfuktuation und der Vermutung, dass es um die Zufriedenheit der Mitarbeiter, insbesondere der Rathausverwaltung, nicht gut bestellt ist, begründet. Auf Fragestellungen über die Mitarbeiterbefragung, in eine der vorangegangenen Stadtratssitzungen, wurde nach Auffassung des Antragstellers nicht erschöpfend Auskunft erteilt.

Ferner werden die Mitarbeiter mit ihren Fähigkeiten und Potentialen als Garanten für den betrieblichen Erfolg gesehen, sodass eine Mitarbeiterbefragung wertvolle Auskünfte über die vorhandene Situation gibt und daraus die Entwicklung von Maßnahmen zur Motivations-, Leistungs- und Effizienzsteigerung möglich sind. Hierbei sind die Fragestellungen auch auf die Beziehung und die Zusammenarbeit zwischen den Mitarbeitern und dem Stadtrat zu erweitern.

Der Fragebogen ist deshalb mit dem Ergebnis dem Stadtrat in der nächsten Sitzung zur Abstimmung und Entscheidung vorzulegen.

Die seit dem 11.09. bis zum 01.10.2018 durchgeführte Mitarbeiterbefragung wurde vom Personalrat initiiert. Mit der AOK konnte eine professionelle Begleitung gefunden werden, der die Umfrage als „Start-up“ Maßnahme zur Einführung eines betrieblichen Gesundheitsmanagements betrachtet. Demzufolge erfolgte eine enge Abstimmung bei der Erstellung der anonymisierten Fragebögen mit der AOK. Beide sind demzufolge von dem Antrag in Kenntnis gesetzt worden. Sie befanden jedoch, wie die Verwaltungsführung auch, dass es sich um eine ausschließlich verwaltungsinterne Maßnahme handelt. Eine Mitwirkung des Stadtrats bei der Erstellung der Fragen ist deshalb ebenso wenig angezeigt, als die Vorstellung und Aufarbeitung der Ergebnisse außerhalb der städtischen Belegschaft.

Dennoch begrüßt die Verwaltung die Ambition des Antragstellers ein Meinungsbild der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über den Stadtrat einholen zu wollen. Es wird deshalb vorgeschlagen, dass der Stadtrat einen eigenen Fragebogen unter Federführung der Stadtratsfraktion BfP unter Hinzuziehung eines weiteren Vertreters je Stadtratsfraktion entwickelt und die Verwaltung mit der Durchführung beauftragt. Allerdings sollte eine allumfassende Betrachtung erfolgen, sodass auch den Stadtratsmitgliedern Gelegenheit

gegeben wird durch eine Beurteilung der Verwaltung die Zusammenarbeit aus ihrer Sicht zu reflektieren.